

Antrag des OV Bündnis 90 / Die Grünen Waltrop zu „EON Datteln“ zur LDK am 28 / 29. 5.11

Der OV Waltrop beantragt, die LDK möge den folgenden Grundsatzbeschluss treffen:

„EON Datteln 4 ist ein Schwarzbau, der aus rechtsstaatlichen und umweltpolitischen Gründen nicht weitergebaut werden sollte. Bündnis 90 / Die Grünen werden sich mit allen politischen und rechtlichen Mitteln dafür einsetzen, dass das Skandalkraftwerk EON Datteln 4 nicht ans Netz geht. Diese Position ist nicht verhandelbar bzw. eintauschbar gegen den vorgeschlagenen Rückbau von alten Kohlekraftwerken.“

Begründung:

Zu einer Jahresbilanz der rot-grünen Landesregierung gehört auch eine klare Positionierung zu dem in allen überregionalen Medien präsenten Skandalkraftwerk EON Datteln 4, das von der Öffentlichkeit als der potentielle Hauptkonfliktherd in der rot-grünen Koalition ausgemacht wurde. Für die demokratische Transparenz unserer Partei ist es elementar, dass wir über unsere zentralen Wahlkampfversprechen Rechenschaft ablegen, auch wenn die Bilanz zu EON Datteln negativ ausfallen muss. Im Landtagswahlkampf wurde von Spitzenpolitikern der Bundes- und Landesgrünen (Trittin, Priggen etc.) Versprechen abgegeben, dass wir EON Datteln 4 nicht nachträglich legalisieren werden.

Zu eklatant waren und sind die Rechtsverstöße gegen die Landes- und Regionalplanung. Zudem könne man nicht in direkter Nähe zu Wohnbaugebieten und Krankenhäusern eines der größten Kohlekraftwerke Europas errichten. . Der Energiekonzern EON hat dennoch auf eigenes Risiko weiter gebaut und wer sich die Baustelle in Datteln einmal angeschaut hat, kann nur feststellen, dass dieser größte Schwarzbau der Republik vor allem eines erschlagend demonstriert: Energiekonzerne müssen sich - anders als jeder Bürger bei der Genehmigung einer kleinen Garage - nicht an die elementarsten rechtsstaatlichen Normen halten. Vielmehr kann EON darauf hoffen, dass das Vorhaben, ganz ähnlich dem schwarz-gelben Lex-Eon, doch noch vom RVR und von der Landesregierung legalisiert wird. Besonders irritierend ist es aus unserer Sicht, dass mit Berufung auf rechtsstaatliche Verfahren keiner mehr vom grünen Spitzenpersonal in Region, Land und Bund für die Wahlversprechen die politische Verantwortung übernehmen will.

Dass Teile der RVR Grünen mehrmals erwogen haben, den Schwarzbau EON Datteln 4 zu legalisieren, um dafür im Tausch vielleicht Altanlagen vom Netz nehmen zu können, widerspricht wirklich allen rechtsstaatlichen Prinzipien. Grüne in zentralen Entscheidungspositionen brauchen offensichtlich eine klare Orientierung, die ihnen die Partei als demokratisches Kontrollorgan geben sollte. Die Partei hat, ungeachtet vieler personeller Überschneidungen mit der Fraktion, darauf zu achten, dass Wahlversprechen in der Regierungspolitik tatsächlich eingelöst werden. Wir denken, dass unser Antrag für grüne Mandats- und Amtsträger eine klare Orientierung bietet, die sie in diesen hoch politischen Verfahren im Abwägungsprozess berücksichtigen sollten.

Wir sollten uns nicht hinter Formalien und Paragraphen verstecken, nachdem wir zuvor im Wahlkampf klare politische Versprechen abgegeben haben. Versprochen ist versprochen und wird auch nicht gebrochen! Das haben die Grünen bisher im Gegensatz zu allen anderen Parteien gerade in ihrem Kernkompetenzfeld der Umweltpolitik aus Sicht der Wählerschaft glaubwürdig beherzigt. Wir sollten dieses Vertrauen nicht leichtfertig verspielen, in dem wir deutschlandweit umstrittene Großvorhaben, wie EON 4 und Stuttgart 21, gegen Bürgerinitiativen und Umweltverbände mit grünen Weihen versehen und diese damit helfen durchzusetzen.

Für Bündnis 90 / Die Grünen OV Waltrop

Ingrid Täger

Prof. Dr. Lars Holtkamp